

DIE LINKE Sachsen, Kleiststr. 10 A, 01129 Dresden

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Sachsen e.V.
Landesvorsitzender
Herr Hagen Husgen
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf

Landesgeschäftsstelle

Landesvorstand Sachsen

Kleiststr. 10 a
01129 Dresden

Telefon 0351 – 85 32 721
Telefax 0351 – 85 32 720

kontakt@dielinke-sachsen.de
www.dielinke-sachsen.de

Dresdner Volksbank
Raiffeisenbank e.G
Konto-Nr. 271 990 100 2
BLZ 850 900 00
IBAN: DE75850900002719901002
BIC: GENODEF1DRS

auch Spendenkonto

Dresden, den 8. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Husgen,

zunächst möchten wir uns bei Ihnen für die freundliche Zusendung Ihres Schreibens vom 10. April 2014 und die Gelegenheit der Beantwortung des zugleich versandten Fragekataloges Ihrer Gewerkschaft „Welche Forderung der Gewerkschaft der Polizei Sachsen schließt sich Ihre Fraktion an?“ recht herzlich bedanken.

Wir erlauben uns daher, Ihnen die von uns zu den aufgeworfenen Fragestellungen, beschriebenen Problemlagen und nicht zuletzt zu den grundlegenden Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Sachsen (GdP) vertretenen Auffassungen und Meinungen in Form des ausgefüllten Fragebogens zurückzusenden.

Wie Sie unseren dem entsprechenden Antworten entnehmen können, stimmen wir dabei mit der überwiegenden Mehrzahl der von der GdP Sachsen vertretenen Positionen vollinhaltlich überein.

Hinsichtlich der in der Fragefragestellung „kostenlose Bereitstellung einer maximalen Körper-Schutzausstattung“ sehen wir uns derzeit nicht in der Lage, diese in der gestellten Form zu beantworten. Für uns steht dabei außer Frage, dass generell eine „maximale Körper-Schutzausstellung“ kostenlos zur Verfügung zu stellen ist. Der Fragestellung ist aber nicht zu entnehmen, ob diese Forderung für alle Beamtinnen und Beamten des Vollzugsdienstes oder nur für Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei gelten soll, weshalb wir hier zunächst keine eindeutige Beantwortung vornehmen können.

Beratungsbedarf sehen wir auch in der Frage „Sicherstellung dienststellennaher Kinderbetreuung“, nicht weil wir diese generell in Frage stellen, sondern weil hier kommunale Selbstverwaltung, wozu Kindereinrichtungen gehören, mit Aufgabenerfüllung auf Landesebene verflochten wird.

Die Frage „Zusatzurlaub bis zu 6 Tage“ ist unsererseits grundsätzlich mit „Ja!“ zu beantworten, wenn eine Verständigung dazu stattgefunden hat, wofür dieser Sonderurlaub dienen bzw. gewährt werden soll. Wir gehen derzeit davon aus, dass er zur Wahrnehmung von gewerkschaftlicher Arbeit dienen soll.

Probleme sehen wir in der von Ihnen erfragten „*heimatnahen Verwendung nach der Ausbildung*“, weil dies den Regelungen des Beamtengesetzes zuwider läuft. Auch hier bitten wir um Verständigung im Gespräch.

Schlussendlich führen Sie „*Eingangsammt ,Kommissar*“ in Ihrem Fragenkatalog auf. Gleichzeitig haben Sie aber leider keinen Platz für eine diesbezügliche Meinungsbekundung durch uns vorgesehen. Zudem braucht es für eine seriöse Beantwortung dieser Frage aus unserer Sicht einer weiteren Erläuterung Ihrerseits.

Aus den vorgenannten Gründen würden wir uns freuen, wenn wir die vorgenannten, in unserer Beantwortung bewusst noch ausstehenden Fragen- und Problemkreise in dem mit Ihnen bereits vereinbarten gemeinsamen Gespräch am 22. Juli 2014 diskutieren und besprechen könnten.

Diesen Gesprächstermin würden wir daher auch gern dazu nutzen, um die vorgenannt angesprochenen Unklarheiten in den vorliegenden Fragestellungen auszuräumen, um Ihnen dann auf dieser Grundlage eine verlässliche und seriöse Antwort unsererseits bzw. ein klares und eindeutiges Votum zu den derzeit noch offen gelassenen Antworten zukommen zu lassen.

Für Ihr freundliches Entgegenkommen und Ihr Verständnis in der Sache danken wir Ihnen recht herzlich.

Mit freundlichen Grüßen



Rico Gebhardt, MdL

Landesvorsitzender DIE LINKE und

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

1 Anlage

Welcher Forderung der Gewerkschaft der Polizei Sachsen schließt sich Ihre Fraktion an?

Rahmenbedingungen verbessern	JA	NEIN
Stellenabbau sofort stoppen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Einstellungskorridor erhöhen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
befristete Arbeitsstellen wandeln	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bildungsurlaub einführen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
kostenlose Bereitstellung einer maximalen Körper-Schutzausstattung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
materielle und personelle Sicherstellung durch eigenes Servicepersonal	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
zeitnahe Einführung modernster Technik und Ausrüstung	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sicherstellung dienstlehnarer Kinderbetreuung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Attraktivität des Polizeiberufs deutlich verbessern	JA	NEIN
Eingangssamt „Kommissar“		
Altersgrenze für Polizei wieder 60 Jahre	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wiedereinführung Weihnachts- und Urlaubsgeld als 13. Monatsgehalt	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Zusatzurlaub bis zu 6 Tage	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Einheitliche DuZ-Zahlung 5 Euro	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Erhöhung und Ruhegehaltstfähigkeit Polizeizulage	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Leistungsbezahlung (Bezahlung nach Funktion)	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
heimatnahe Verwendung nach der Ausbildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Einführung von Hilfsfristen für die Polizei analog Rettungsdienst	JA	NEIN
Einführung von Hilfsfristen auch für die Polizei	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>